

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2012



Eine Währungsunion verlangt Kostendisziplin

Wenn in der Weltwirtschaft jedes Land seine eigene Währung hat, dann gilt die Erwartung: Die Währung eines Hochlohlandes wertet sich ab, wenn wegen der den Kosten folgenden höheren Preise die Güter und Dienste des Landes im Welthandel weniger nachgefragt werden als zu niedrigeren Preisen.

Die Abwertung verringert den Erlös der Ausfuhren. Aber sie federt den Kosteneffekt – von hohen Lohnabschlüssen, teurer Sozialpolitik oder des im Vergleich zu Konkurrenten niedrigeren technischen Fortschritts – ab. Marktanteile können (zurück-)gewonnen werden, die Wettbewerbssituation der Exporteure wird tendenziell gestärkt. Das Land kann, vielleicht immer noch mit als unbefriedigend angesehenen Mengen, aber doch mit einigem Absatzerfolg, am Welthandel teilnehmen.

Eine Einheitswährung wie der Euro bietet diese Erleichterung nicht. Denn in einer Währungsunion steht die – national zu beschließende – Abwertung, sei es als bewusst eingesetztes oder als gern geduldetes Element der Beschäftigungspolitik, nicht zur Verfügung.

Man kann mit gutem Grund meinen, es sei für die Währungsgemeinschaft hinzunehmen, es den Griechen anheimzustellen – Griechenlands Souveränität ist grundsätzlich auch in der Währungsunion zu respektieren –, ob sie ihren Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die Freiheit lassen, Löhne zu beschließen, die keine Rücksicht auf die Konkurrenzbeziehungen in der Währungsunion nehmen. Aber wer immer in der politischen Willensbildung Griechenlands für eine „sozial“ motivierte Lohnpolitik ohne Rücksicht auf Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit plädiert, der muss wissen: Eine Gemeinschaftskasse zur Subventionierung einer solchen Variante von Sozialpolitik ist nicht Gegenstand der Währungsunion und wird es – hoffentlich – auch nicht geben.

Hans D. Barbier

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland lagen dem Statistischen Bundesamt zufolge 2010 bei insgesamt 530,6 Milliarden Euro. Die Umsatzsteuer – auch als Mehrwertsteuer bekannt – mit 180,0 Milliarden Euro (Steigerung zum Vorjahr: 1,7 Prozent) und die Lohnsteuer (nach Abzug des Kindergeldes) mit 127,9 Milliarden Euro (5,4 Prozent weniger als im Vorjahr) waren für Vater Staat am einträglichsten.

Der Konsum von Genussmitteln brachte Bund und Ländern Verbrauchsteuereinnahmen von insgesamt 17,6 Milliarden Euro. Die Tabaksteuer mit 13,5 Milliarden Euro und die Branntweinsteuer mit zwei Milliarden Euro waren am ertragreichsten. Auch die Biersteuer (713 Millionen Euro) sowie die Schaumweinsteuer (422 Millionen Euro) spülten Geld in die Staatskasse. Die letztgenannte Steuer wurde übrigens 1902 von Kaiser Wilhelm II. zur Finanzierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und der kaiserlichen Kriegsmarine eingeführt, weil „bei einer so starken Steigerung der Ausgaben für die Wehrkraft des Landes auch der Schaumwein herangezogen werden muss“.

<http://goo.gl/mBYKx>

Taschengeld

Höhe und Bedingungen für Taschengeld sind immer wieder Anlass für Diskussionen in den

Taschengeld

im Monat, 13- bis 18-Jährige	
über 100 Euro	4 %
51 bis 100 Euro	9 %
31 bis 50 Euro	13 %
21 bis 30 Euro	23 %
bis 20 Euro	23 %
kein Taschengeld	28 %

Quelle: Bundesverband deutscher Banken

Familien. Ob und wie viel Taschengeld ein Kind erhält, hängt von mehreren Faktoren ab: Wie gut stehen die Eltern finanziell? Welche Einstellung zum Geld haben sie? Was bekommen Geschwister oder Kinder im Bekannten- und Freundeskreis? Eine rechtliche Verpflichtung zur Taschengeldzahlung gibt es nicht. Psychologen und Erzieher zufolge ist es aber wichtig, dass auch Kinder und Jugendliche frei über eigenes Geld verfügen können.

Immerhin gut zwei Drittel der 13- bis 18-Jährigen erhalten von ihren Eltern regelmäßig Taschengeld. Das ergab eine bundesweite Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken. Knapp die Hälfte der Jugendlichen (46 Prozent) bekommt maximal 30 Euro pro Monat. Nur vier Prozent können sich über mehr als 100 Euro monatlich freuen.

<http://goo.gl/jbPBB>

Wirtschaftsprognose

Kommt es zu globalen wirtschaftlichen Verwerfungen mit einer Stagnation des Welthandels, könnte es 2012 einen

leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland geben. Dieses Szenario findet sich im Jahresgutachten 2011/12 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Bundestagsdrucksache 17/7710).

Sollte eine Verschärfung der Krise auf den Bereich der Euro-Währungsunion beschränkt bleiben, sei 2012 mit einem geringen Wachstum von 0,4 Prozent zu rechnen. Anderenfalls erwartet der Sachverständigenrat ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent. Im Vergleich zu 2011 (3 Prozent) wäre das ein deutlicher Rückgang.

Wie verlässlich ist die Vorhersage der Sachverständigen? Erfahrungsgemäß können Abweichungen von den Prognosen erheblich sein. Eine Abweichung vom Ist-Wert von 0,2 bis 0,3 Prozentpunkten halten Ökonomen für akzeptabel. In den Jahren 2006 bis 2011 lag die durchschnittliche Abweichung allerdings bei 2,2 Prozentpunkten. Den Sonderfall 2009 – Stichwort Finanzkrise – außen vorgelassen, weichen Prognose und Realwert immerhin noch um durchschnittlich 1,6 Prozentpunkte voneinander ab.

<http://goo.gl/QXIV2>

Wirtschaftsprognose		
	jeweils Herbst des Vorjahres	
	Vorhersage	Ist-Wert
2006	1,0 %	3,7 %
2007	1,8 %	3,3 %
2008	1,9 %	1,1 %
2009	0,0 %	-5,1 %
2010	1,6 %	3,7 %
2011	2,2 %	3,0 %

Quelle: Sachverständigenrat; Statistisches Bundesamt

Verirrt im Steuerdschungel

Gesetze, Durchführungsverordnungen, Gerichtsentscheidungen – der Staat nutzt vielerlei Möglichkeiten, um seine Bürger zu besteuern. Steuertransparenz und -gerechtigkeit stehen dabei selten im Vordergrund staatlichen Tuns.

Einkommen- und Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Umwandlungssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Fördergesetze, Abgabenordnung, Finanzverwaltungsvorschriften – kein Wunder, dass Deutschland beim Umfang des Steuerrechts weltweit führend sein soll. Dazu kommen permanente Steuerrechtsänderungen: Allein in der Legislaturperiode von 2005 bis 2009 (Große Koalition aus CDU/CSU und SPD) wurden 54 Gesetze zur Änderung des Steuerrechts mit tausenden Einzeländerungen beschlossen. Die amtierende Koalition aus CDU/CSU und FDP steht dem nicht nach und hat unter anderem zum 1. Januar 2012 ein „Steuervereinfachungsgesetz“ in Kraft gesetzt. Ziel ist laut Gesetzesbegründung die „Rationalisierung und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“. Steuerzahler und Steuerverwaltung sollen von Erklärungs-, Prüf- und Verwaltungsaufwand entlastet werden. Paradoxerweise folgt dann ein Wust an Einzelmaßnahmen.

Der Staat erhebt Steuern, um Geld zur Erfüllung seiner Aufgaben zu haben. Das soll nicht willkürlich geschehen, und deshalb versuchen Politiker seit dem 19. Jahrhundert, eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des einzelnen Bürgers zu erreichen. Seit 1891 gibt es im deutschen Steuersystem

die Einkommensteuer samt Erklärungsspflicht und progressivem Steuertarif: Wer mehr verdient, soll auch mehr zum Unterhalt des Staates beitragen, also werden mit zunehmendem Einkommen überproportional mehr Steuern fällig.

Steuerdschungel

Je nach dem, was besteuert wird, unterscheidet man in Deutschland vier Steuergruppen. Neben Lohn- und Einkommensteuer – diese zählen zu den sogenannten Besitzsteuern – werden Verkehrssteuern (zum Beispiel Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer oder KFZ-Steuer), Verbrauchsteuern (Tabak-, Bier- oder Schaumweinsteuer) und Zölle (für Ein- und Ausfuhr von Gütern) vom Staat erhoben.

Weltweit einmalig ist, dass im deutschen Einkommensteuerrecht sieben Einkunftsarten unterschieden werden: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieben, aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie „sonstige“ Einkünfte. Für jede Einkunftsart wiederum existieren verschiedene Besteuerungsvorschriften und Steuersätze. Die Finanzämter erfassen, prüfen, ziehen Steuern ein, erstatten einen Teil der ge-

zahlten Steuern oder fordern Steuern nach.

Der über Jahrzehnte entstandene Steuerdschungel eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, Steuern teilweise oder sogar völlig zu umgehen. Die Einnahmeverluste aus Steuervermeidung und -flucht schätzen Fachleute auf bis zu 100 Milliarden Euro jährlich. Das entspricht etwa der Hälfte des Aufkommens aus der Lohn- und Einkommensteuer.

Um Steuerflucht zu verhindern, verschärfte Politik und Finanzbehörden die Kontrollen. Rechtsstreitigkeiten sind die Folge. Die aktuelle Statistik der Finanzgerichte zählte zum Jahresende 2010 rund 54 000 anhängige Verfahren. Die oberste Steuerinstanz, der Bundesfinanzhof, verzeichnet seit Jahren eine steigende Anzahl von Beschwerden. Das über Jahrzehnte immer komplexer gewordene Steuerrecht führt dazu, dass die Steuerlast des Einzelnen oftmals nicht von seiner Leistungsfähigkeit, sondern von der Qualität des Steuerberaters abhängt.

Leistungsgerechtigkeit beim Einkommen...

Insgesamt erzielten die 38,4 Millionen erfassten Steuerpflichtigen im Jahr 2007 Einkünfte von 1,2 Billionen Euro. Die von den Finanzbehörden festgesetzte Lohn- und Einkommensteuer dafür betrug



„Das wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schließlich vom Staat (...) unsere eigenen Mittel zurückzuerhalten.“

Ludwig Erhard

rund 211 Milliarden Euro. Zu den oberen zehn Prozent der Lohn- und Einkommensteuerzahler konnte sich zählen, wer ein Jahreseinkommen – gemessen an der Summe aller Einkünfte – von über 61 300 Euro hatte. Auf das oberste Prozent der Steuerpflichtigen (Jahreseinkommen von über 150 600 Euro) entfielen immerhin 21,2 Prozent der Einkommensteuer.

Dass andererseits Millionen Arbeitnehmer keine oder kaum Lohn- oder Einkommensteuer an den Staat abführen, hat einen einfachen Grund: Ihre Einkommen reichen nur für das Existenzminimum. Diesen Mindestbedarf darf der Staat nicht besteuern, darauf hat das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit die Politik wiederholt hingewiesen. Rund 30 Prozent der Steuerpflichtigen verdienen weniger als 11 000 Euro im Jahr, sie sind von der Lohnsteuerpflicht befreit.

Bund, Länder und Gemeinden nahmen 2010 insgesamt rund 530 Milliarden Euro an Steuern ein. Davon entfielen knapp 130 Milliarden Euro auf die Lohnsteuer. Mit 180 Milliarden Euro brachte die Mehrwertsteuer deutlich mehr ein.

... und beim Konsum?

Die Mehrwertsteuerpflicht betrifft jeden, der etwas kauft. Niemand kann ausweichen, denn die Mehrwertsteuer ist in den Preisen enthalten, die an der Supermarktkasse addiert werden. Ob „reich“ oder „arm“, die Steuer gilt für jeden: allgemein 19 Prozent, bei Nahrungsmitteln, Zeitschriften, Büchern

und einigen anderen Gütern sieben Prozent.

Während bei der Einkommensteuer höhere Einkommen tatsächlich stärker belastet werden – Stichwort Steuerprogression –, ist es bei der Mehrwertsteuer umgekehrt. Wer wenig verdient, gibt mehr von seinem Einkommen für den Konsum aus. Von seinem Einkommen fließt deshalb ein höherer Anteil in Form der Mehrwertsteuer in die Staatskasse als von den Bürgern, die mehr verdienen und einen größeren Teil ihres Verdienstes sparen können.

Allerdings unterliegen Lebensmittel dem ermäßigten Steuersatz, Mieten sind sogar steuerfrei. Weil bei kleineren Einkommen ein größerer Teil auf das Lebensnotwendige entfällt, profitieren „Geringverdiener“ von der Ermäßigung mehr als „Besserverdienende“.

Ähnlich wirkt die Energiesteuer, durch die die Bürger den Staat durch Heizen und Autofahren mitfinanzieren. Auch diese Steuer wird beim Tanken von Heizöl oder Kraftstoffen unabhängig vom Verdienst fällig, auch sie wirkt

als Verbrauchsteuer „regressiv“, das heißt, sie trifft kleine Einkommen stärker als große. Fast 40 Milliarden Euro zahlten die Energieverbraucher 2010 in die Staatskasse ein. Das ist mehr als dreimal so viel wie das Einkommen aus der Körperschaftsteuer, die Unternehmen auf ihre Gewinne abführen müssen.

Steuervereinfachung: dringend gesucht

Viele Entscheidungen von Unternehmen oder Sparern orientieren sich weniger an Markterfordernissen als an der größtmöglichen Steuerersparnis. Die Absicht, Steuern zu sparen, genügt oftmals bereits, um zu investieren. Wirtschaftswachstum wird dadurch gebremst. Der gesellschaftliche Wohlstand insgesamt bleibt unter dem Erreichbaren, weil Arbeitszeit für steueroptimierte Unternehmensstrategien, steuerbegünstigte Geldanlagen oder langwierige Steuerstreitigkeiten anstatt für neue, bessere oder preisgünstigere Produkte eingesetzt wird.

Politiker und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen scheinen einig: Das Steuerrecht muss einfacher werden. Es liegen genügend Modelle vor. Manche wollen das bestehende Steuersystem durch ein neues ersetzen. Andere Vorschläge setzen auf Verbesserungen innerhalb des geltenden Rahmens.

Wie immer die nächste Steuerreform aussehen mag: Es überwiegt die Überzeugung, dass mit dem Abbau von Vergünstigungen und

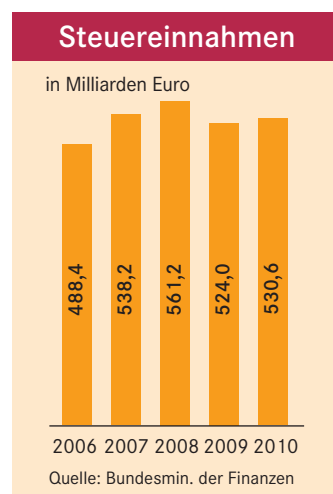
Ausnahmen der steuerpflichtige Bürger die Möglichkeit zu ökonomisch vernünftigem Handeln zurück erhält. Alle Beteiligten – vom Steuerbürger bis zum Finanzbeamten – würden durch eine Vereinfachung gewinnen. Je einfacher und transparenter eine Steuergesetzgebung ist, desto weniger muss man sich mühen, seine Steuerschuld kleinzurechnen oder gar Steuern zu hinterziehen.

Systemreparatur oder Neustart?

Ein kompliziertes Recht, das versucht, jeden Einzelfall zu regeln, kann am Ende nicht „gerecht“ sein, im Gegenteil: Viele geltende Sonderregelungen werden als „ungerecht“ empfunden, weil spezielle Interessen anderer steuermindernd berücksichtigt werden, eigene, ebenfalls als berechtigt empfundene Interessen aber nicht.

Detailveränderungen sind jedenfalls wenig erfolgversprechend. Schließlich sind in den vergangenen Jahrzehnten – gerade durch die unzähligen Korrekturen und Erweiterungen – Ungerechtigkeiten und Unübersichtlichkeiten im Steuerrecht nicht weniger geworden, sie haben sich stattdessen immer weiter vermehrt.

Der Bürger darf und muss vom Staat Transparenz und Steuerehrlichkeit erwarten. Seit vielen Jahren vermitteln die verantwortlichen Politiker allerdings eher den Eindruck, dass sie nicht das bessere und einfachere Steuersystem, sondern vor allem steigende Steueraufkommen im Blick haben. *Andreas Schirmer*





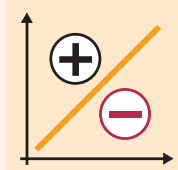
„Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten helfen uns die besten Gesetze nichts.“

Otto von Bismarck

IM KLARTEXT

Januar 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕

Im Dezember 2011 zählten die Statistiker der Bundesagentur für Arbeit (BA) knapp 2,8 Millionen Arbeitslose, 231 000 weniger als im Dezember 2010. Im Vergleich zum Vormonat gab es offiziell 67 000 mehr Arbeitslose.

Die „Unterbeschäftigung“ betraf laut BA im Dezember knapp 3,9 Millionen Menschen. Das waren 491 000 weniger als vor einem Jahr. Zur Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) zählen auch Personen, die zum Beispiel an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder aus anderen Gründen nicht als arbeitslos gelten. Sie vermittelt somit ein umfassenderes Bild über die Arbeitslosigkeit.

Im Jahresdurchschnitt 2011 waren rund drei Millionen Menschen ohne Arbeit. Hier zählte die Statistik 263 000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr.

Eigenverantwortung ⊕

Die Deutschen sparen jährlich mehr als zehn Prozent ihres verfügbaren Einkommens. Damit gehört Deutschland weltweit zur Sparer-Spitzengruppe 2011 betrug die Sparquote, die diesen Anteil ausweist, nach Schätzungen 11,2 Prozent. Sogar im Jahr 2009, als Deutschland mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um rund fünf Prozent die tiefste Rezession seit 60 Jahren erlebte, lag die Quote mit 11,1 Prozent kaum niedriger.

Laut einer Studie des Bankenverbandes sparen die meisten, um für die Zukunft vorzusorgen. Vor allem die finanzielle Vorsorge für das Alter hat als Sparmotiv zugelegt, sie ist der am häufigsten genannte Grund:

Sparmotive

in Prozent der Befragten	
Altersvorsorge	30
Notfälle	27
große Anschaffungen	27
Vermögensbildung	7
Ausbildung	6

Immerhin 30 Prozent der Befragten legt aus diesem Grund Geld zurück. Die Rücklagen werden vorrangig in sicheren Geldanlagen festgelegt. 60 Prozent der Befragten bewerten Sicherheit als wichtigsten Aspekt. Lediglich 15 Prozent sehen Rendite als vorrangiges Sparziel an.

Geldwertstabilität ⊖

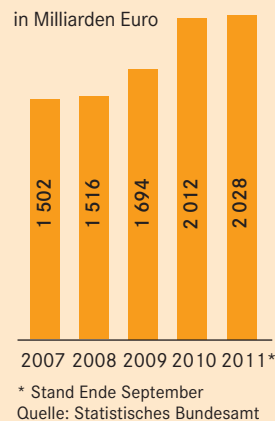
Zum Jahresende 2011 hat das Statistische Bundesamt Zahlen zur Verschuldung (Stand Ende September 2011) von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht. Mit rund 2 027 Milliarden Euro wurde vorläufig ein neuer Rekordstand ermittelt. Von der Gesamtsumme entfallen 1 289 Milliarden Euro auf den Bund, die Bundesländer waren mit 610 Milliarden verschuldet, die Städte und Ge-

meinden häuften rund 128 Milliarden Euro Schulden auf.

Die Politik setzt angesichts der enormen Summe auf die Schuldenbremse, die ab 2020 dafür sorgen soll, dass grundsätzlich zum Ausgleich der Haushalte von Bund und Ländern keine Schulden mehr gemacht werden.

Von einer Vollbremsung ist jedoch nicht auszugehen. Für 2012 plant allein der Bundesfinanzminister eine Neuverschuldung in Höhe von rund 26 Milliarden Euro. Im Jahr 2011 schlugen knapp 20 Milliarden Euro neue Schulden im Haushalt des Bundes zu Buche.

Staatsschulden



Arbeitslose	
Jahresdurchschnitt	
1991	2 602 203
2001	3 852 564
2002	4 061 345
2003	4 376 795
2004	4 381 281
2005	4 860 909
2006	4 487 305
2007	3 776 509
2008	3 267 907
2009	3 423 283
2010	3 244 000
2011	2 976 000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/Mary Evans Picture Library
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard